



An die Vorsitzenden und Spitzenkandidat*innen
der Parteien zur Bundestagswahl

Berlin, 09.09.2021

Offener Brief

Beschleunigter Infrastrukturumbau: Verbesserte Planung und Beteiligung anstatt Planungsbeschleunigung als Symbolpolitik zu Lasten von Natur und Umwelt

Sehr geehrte Damen und Herren,

um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, müssen wir unsere Energiegewinnung und unsere Infrastruktur in den kommenden Jahren grundlegend umbauen. Dabei spielt eine effizientere Ausgestaltung von Planungs- und Genehmigungsverfahren eine große Rolle. Die bisher im Wahlkampf getätigten Aussagen werden diesen Herausforderungen jedoch bei weitem nicht gerecht.

In den aktuellen Debatten wird gern der Eindruck vermittelt, Verzögerungen seien vor allem durch geltendes Umweltrecht, durch eine übermäßige Beteiligung und durch Klagen anerkannter Umweltverbände verursacht. Weitaus entscheidendere Einflussfaktoren werden hingegen nur selten benannt. Hierzu gehören die Unübersichtlichkeit und ständige Änderung rechtlicher Regelungen, fehlende Ausführungsvorschriften für den Vollzug unbestimmter Rechtsbegriffe, fehlende Fristen bei Planfeststellungsverfahren, fehlendes oder überbeanspruchtes Fachpersonal in Planungs- und Genehmigungsbehörden oder Planungsänderungen durch den Vorhabenträger während des Verfahrens. Diese sind deutlich relevanter als die durch Umweltverbände beeinflussbaren Faktoren.

Betrachtet man die Faktenlage genauer, liefert die Beteiligung von Umweltverbänden an jährlich über 1.000 Planfeststellungsverfahren beim Ausbau von Straßen, Schienen und Wasserstraßen in Bund und Ländern häufig die einzigen Rückmeldungen und Stellungnahmen und damit auch Optimierungspotenziale für die Genehmigungsbehörden. In vielen Fällen werden durch Beteiligungen wertvolle Hinweise rechtzeitig und noch vor eventuellen Rechtsstreits in Verfahren integriert. Auch das Argument, die Umweltverbände würden übermäßig gegen Infrastrukturplanungen klagen, trifft nicht zu, denn die tatsächliche Zahl der Verbandsklagen ist äußerst gering. Von 2017 bis 2020 lag der Anteil der durch Verbandsklagen veranlassten Entscheidungen gegen Infrastrukturvorhaben in Deutschland lediglich bei 0,0004% im Verhältnis zu allen insgesamt durch die Verwaltungsgerichte abgeschlossenen Verfahren.

Nach unserer Auffassung sind die undifferenzierten und einseitigen Vorschläge zur Veränderung des Planungsrechts daher nicht geeignet, um Planungsverfahren nachhaltig zu verbessern und zu beschleunigen. Sie vermitteln vielmehr den Eindruck einer Symbolpolitik zu Lasten der Umwelt, die von den Versäumnissen der eigenen Klimapolitik ablenken soll.

Wir sind überzeugt, dass bestimmte Vorhaben und Infrastrukturprojekte eine hohe Priorität und Beschleunigung begründen können, wenn sie einen klaren Beitrag zur Energie- und Mobilitätswende sowie zum Ziel der Klimaneutralität leisten. Notwendig ist hierfür eine strikte Priorisierung nach dem Klima- und Verkehrsnutzen, anstatt hunderte von Einzelprojekten – z.B. im Fernstraßenbau – parallel zu planen. Darüber hinaus sind alle organisatorischen Verbesserungsmöglichkeiten zu nutzen, um Planungsverfahren effizienter zu machen. Konkret bedeutet dies eine Verbesserung des Planungsmanagements mit Evaluierung aller Planungsverfahren, eine Stärkung der personellen Ausstattung von Planungsbehörden sowie eine konsequente Durchführung einer frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung mit Umweltprüfung. Für eine sachgerechte Politik ist darüber hinaus eine umfassende Analyse der tatsächlichen Ursachen langer Planungs-, Genehmigungs- und Bauzeiten sowie eine Auswertung der Wirkungen der bisherigen Beschleunigungsgesetze überfällig.

Wir appellieren daher an Sie, sich für zielführende Handlungsmöglichkeiten einzusetzen, anstatt im Wahlkampf mit populistischen Botschaften zu Lasten von Natur und Umwelt zu polarisieren. Gerne stehen wir für einen konstruktiven Austausch zur Modernisierung unserer Infrastruktur sowie zur Verbesserung des Planungsrechts zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Olaf Bandt
Vorsitzender
BUND



Prof. Dr. Kai Niebert
Präsident
DNR



Sascha Müller-Kraenner
Bundesgeschäftsführer
DUH



Martin Kaiser
Geschäftsführender
Vorstand
Greenpeace



Jörg-Andreas Krüger
Präsident
NABU



Kerstin Haarmann
Bundesvorsitzende
VCD



Christoph Heinrich
Vorstand
WWF Deutschland